

**Ä17 zu A-10: Schluss mit der Bildungskrise! Für einen Aufbruch in eine neue Bildungspolitik in den Kommunen.**

Antragsteller\*innen      Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (dort  
beschlossen am: 01.07.2025)

**Antragstext**

**Nach Zeile 78 einfügen:**

**Kein Platz für Rechtsextremismus an Schulen**

Rechtsextremismusvorfälle sind keine Einzelfälle mehr in Schulen. Der Hitlergruß im Klassenzimmer, Hakenkreuze auf dem Schulhof oder rassistische Übergriffe auf der Klassenfahrt. Schulen müssen wieder zu sicheren Orte der Vielfalt, Toleranz und Mitbestimmung werden.

Kommunen dürfen sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Wir fordern, dass politische Bildung gestärkt wird, damit Schüler\*innen früh lernen, demokratische Werte zu verteidigen. Lehrkräfte brauchen klare Unterstützung im Umgang mit rechten Vorfällen. Zivilgesellschaftliche Projekte wie „Schule ohne Rassismus“ müssen aktiv gefördert statt behindert werden. Betroffene rechter Gewalt verdienen Schutz und Solidarität. Rechte Netzwerke, die gezielt junge Menschen ansprechen, dürfen keinen Raum bekommen – weder in der Schule noch online.